



JAHRESBERICHT 2023

Impressum

Tätigkeitsbericht des Vorstands des
Flüchtlingsrats Niedersachsen e.V.
im Jahr 2023

Redaktion:

Annika Hesselmann
Caroline Mohrs
Muzaffer Öztürkyilmaz

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Röpkestraße 12
30173 Hannover

Tel.: 0511 / 98 246030
Fax: 0511 / 98 246031

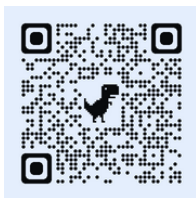
Internet: www.nds-fluerat.org
E-Mail: nds@nds-fluerat.org

Spendenkonto Flüchtlingsrat:

Niedersachsen e.V.
GLS Gemeinschaftsbank e.G.
IBAN: DE28 4306 0967 4030 4607 00
BIC: GENODEM1GLS
Zweck: Spende

Hannover, März 2024

Mitglied werden:



Spenden:



INHALT

Worte des Vorstands.....	2
Der Verein.....	6
Danksagungen.....	7
Projekte.....	8
Jahresrückblick.....	12
Zahlen, Daten, Fakten.....	37
Unsere Förderer 2023.....	39



WORTE DES VORSTANDS

Die Welt befindet sich in einem schlechten Zustand. Ob in der Ukraine, in Gaza oder anderswo: Krieg gehört fatalerweise zum festen Repertoire des politischen Handelns. Egal, wer diese Kriege führt und wo sie geführt werden, sie fordern Opfer, nicht nur bei den kämpfenden Truppen, sondern vor allem auch in der Zivilgesellschaft. Wo Schutz vor Tod, Mord und Misshandlung nicht gegeben ist, bleibt vielen Personen nur die Flucht aus den umkämpften Gebieten. Diese und andere verfolgte Menschen zu unterstützen, ist Aufgabe und Ziel des Flüchtlingsrats Niedersachsen.

Aufrechte Kämpfer:innen für Menschen- und Freiheitsrechte wie Osman Kavala (Türkei), Julian Assange (Großbritannien), Nahid Taghavi (Iran), Ales Bjaljazki (Weißrussland), Manizha Seddiqi (Afghanistan) werden in Haft zermürbt oder ermordet (Jina Masha Amini, Alexei Nawalny). Sie stehen für viele Tausend politische Gefangene, die in vielen Staaten der Welt unterdrückt und verfolgt werden. Autokratische Herrscher sorgen in Russland (Putin), Weißrussland (Lukaschenko), Eritrea (Afewerki), in der Türkei (Erdogan), im Iran (Raisi) und in China (Xi Jinping) dafür, dass Freiheitsbewegungen weiter unterdrückt werden – um nur einige Beispiele zu nennen. In Ungarn sorgt Victor Urban mit drakonischen Gesetzen und Verfolgungsmaßnahmen dafür, dass die Pressefreiheit in Gefahr gerät. Assad sitzt in Syrien fest im Sattel und sorgt dafür, dass das Land das Hauptherkunftsland von Verfolgten in Europa bleibt. In der Türkei berichten Oppositionelle, aber auch Flüchtlinge von willkürlichen Festnahmen durch die türkische Polizei und Abschiebungen. Und in den USA droht uns im Herbst womöglich wieder ein Präsident Donald Trump, der schon jetzt ankündigt, die Grenzen zu schließen, kurzen Prozess mit Geflüchteten zu machen – und die Pfeiler der amerikanischen Demokratie zu demontieren. Und hierzulande? Auch hier gerät die Demokratie schleichend unter Druck.

In dieser beunruhigenden Welt brauchen wir vor allem eines: Die Herrschaft des Rechts gegenüber dem Unrecht. Die Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte! Dass diese Rechte, die vor 75 Jahren unter anderem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Grundgesetz verankert wurden, von unschätzbarem Wert sind, wissen wir nicht zuletzt aus der deutschen Vergangenheit. Das gilt insbesondere für das Asylrecht, das vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Herrschaft des Faschismus im Grundgesetz und im Völkerrecht formuliert und in den Kanon der Menschenrechte aufgenommen wurde:

Millionen von Menschen wurden während der Zeit des Nationalsozialismus von den Faschisten verfolgt, gequält und ermordet. Hunderttausende suchten ihr Heil in der Flucht. Sie hätten gerettet werden können, wenn es in den Nachbar- und Überseeländern eine organisierte Rettungspolitik für die Verfolgten des Naziregimes gegeben hätte. Bekanntlich schlossen die meisten Länder jedoch ihre Grenzen bis auf einen Spaltbreit. Sie wiesen Flüchtlinge ab und überließen die Verfolgten ihren Häschern.

Wenn heute das Asylrecht in Europa zunehmend in Frage gestellt wird, ist dies ein Alarmzeichen für den Zustand der Menschenrechte – auch in unserem Land. Mit der sogenannten GEAS-Verordnung hat das Europäische Parlament zugestimmt, dass zukünftig Schutzsuchende ohne eine inhaltliche Prüfung ihres Asylantrags in außereuropäische Nachbarländer abgeschoben werden können. Diese Nachbarländer müssen weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben. Grenzlager, Pushbacks und andere menschenrechtswidrige Praktiken an den europäischen Außengrenzen werden so einfacher gemacht und legitimiert.

Nicht nur in der Debatte um die GEAS-Reform haben wir im vergangenen Jahr Tabubrüche erlebt, die bislang unvorstellbar schienen: Inspiriert von den Plänen in Großbritannien fordert die CDU inzwischen unverhohlen eine Auslagerung von Asylverfahren ins außereuropäische Ausland und eine Abschiebung aller Asylsuchenden in „sichere Drittstaaten“. Auch in der SPD fordern Politiker wie der ehemalige Außenminister, niedersächsische Ministerpräsident und Parteivorsitzende Sigmar Gabriel eine grundsätzliche Infragestellung des Asylrechts. Die FDP wirbt für einen „Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik“ und findet das Ruanda-Modell großartig. Nicht besser ist die Sahra-Wagenknecht-Partei: Sie wirbt für eine Politik nach dem Vorbild der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, die als Sozialdemokratin in Dänemark eine knallharte Ausgrenzungs- und Gängelungspolitik gegenüber Geflüchteten umsetzt, als erste ein Asyl-Lager in Ruanda plante und Syrerinnen und Syrer in ihre Heimat abschieben wollte. Droht uns auch in Deutschland bald ein Wettbewerb linker und rechter Parteien um die härteste Asylpolitik?

Hätten wir jetzt Bundestagswahlen, gäbe es im Deutschen Bundestag längst eine Mehrheit der Parteien, die das Asylrecht abschaffen wollen. Die AFD steht natürlich hinter den Plänen zur Externalisierung von Asylsuchenden. Die Partei frohlockt, sie ist die Gewinnerin der anhaltenden Debatten um das Asylrecht. Seit Jahren fordert sie eine Begrenzung jeglicher Zuwanderung und „Remigrationsprogramme“ mit dem Ziel, Geflüchtete und „nicht assimilierte“ eingebürgerte Menschen aus Deutschland zu vertreiben, um eine „Marginalisierung der einheimischen Bevölkerung“ zu verhindern.

Mit diesem völkischen Rassismus ist die AFD bislang politisch isoliert. Sämtliche demokratische Parteien im Bundestag haben das rechtsextreme Geheimgespräch in Potsdam scharf verurteilt. Das ist ermutigend. Auch die CDU hat sich von den christdemokratischen Teilnehmern des Potsdamer Treffens klar distanziert und Parteiausschlussverfahren gegen sie angestrengt. Diese klare Absage und Grenzziehung der Konservativen gegenüber dem völkischen Nationalismus der AfD ist wichtig und wertvoll. Aber wie lange steht diese „Brandmauer“? Inhaltlich sind in der Flüchtlings- und Migrationspolitik die Schnittmengen beträchtlich. Wenn zum Beispiel der CDU-Politiker Jens Spahn öffentlich erklärt, er wolle Schutzsuchende an den Grenzen „notfalls mit physischer Gewalt“ aufhalten, ist ein Unterschied zur AFD nicht mehr zu erkennen:

2016 hatten die AfD-Politikerinnen Petry und von Storch erklärt, an der Grenze „notfalls“ auf Flüchtlinge zu schießen. Das ist die gleiche, beunruhigende, menschenverachtende Tonlage! Und wer sich sicher wähnt, selbst nicht betroffen zu sein, sollte sich schon einmal klar machen, dass eine solche skrupellose Politik Geflüchtete nur zuallererst zu Blitzableitern macht, aber nicht allein nur sie treffen wird.

Die anstehenden Wahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und auch die Europawahl in diesem Jahr könnten die Republik verändern. Um so wichtiger ist es, dass wir uns jetzt und hier für eine Verteidigung der Grund- und Menschenrechte stark machen. Die Gefahr einer schleichenden Machtübernahme von Rechtsextremisten, wie wir sie zum Beispiel in Ungarn erleben, scheint vor dem Hintergrund des Erstarkens der AfD und der veränderten politischen Debatten um Flucht und Asyl auch in Deutschland nicht mehr unvorstellbar: Nie war deutlicher, dass wir mit der Verteidigung des Asylrechts die Grund- und Menschenrechte aller in der Migrationsgesellschaft lebenden Menschen verteidigen. Wenn wir akzeptieren, dass die Menschenrechte, und sei es auch „nur“ für kurze Zeiträume oder bestimmte Gruppen, außer Kraft gesetzt oder relativiert werden, verlassen wir damit den Boden des Grundgesetzes und gefährden unsere Demokratie.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen wird im Jahr 2024 bereits 40 Jahre alt. Wir verstehen uns als Sprachrohr und Interessensvertretung für alle, die in unserem Land Schutz und Asyl suchen. Als Verein und Menschenrechtsorganisation stehen wir parteiisch auf der Seite derjenigen, die verfolgt und entrechtet werden und eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in Niedersachsen einfordern. Mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht vermitteln wir Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit im vergangenen Jahr und hoffen, dass Sie uns auch weiterhin gewogen bleiben.

Euer Vorstand



Anke Egblomassé, Dündar Kelloglu, Claire Deery, Norbert Grehl-Schmitt



DER VEREIN

MITGLIEDER

Beim Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. als Netzwerk von Aktiven im Bereich Flucht und Migration in Niedersachsen sind Einzelpersonen, Initiativen und weitere Gruppen und Vereine Mitglied und bilden die Basis unseres Handelns.

Ende des Jahres 2023 freuen wir uns über **485 Vereinsmitglieder**.

Wir **trauern um Virginia Stüben**,

die am 30. August 2023 nach schwerer Krankheit verstarb.

Virginia gehörte zu den Mitbegründerinnen des Flüchtlingsrats.

Gemeinsam mit ihrem Mann, Karl-Heinz Zulkowski-Stüben, setzte sie bereits in den 1980er Jahren Maßstäbe für ein solidarisches Handeln mit geflüchteten Menschen.



GREMIEN AUF LANDESEBENE

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen arbeitet regelmäßig in verschiedenen Gremien auf Landesebene mit. Dazu zählen:

- Niedersächsische Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen
- Landesarmutskonferenz
- Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe
- Niedersächsische Härtefallkommission
- Niedersächsische Landesmedienanstalt
- Bündnis „Niedersachsen packt an“
- Niedersachsen-Ring
- Landespräventionsrat
- Beratungsnetzwerk gegen Rechts

DANKSAGUNGEN

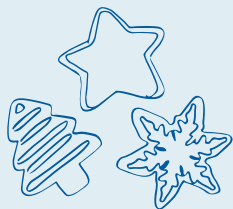
Für Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen in Höhe von **etwa 84.200,00 €** im Jahr 2023 bedanken wir uns ganz herzlich!

Der **Verein Landungsbrücke Uetze** löste sich 2023 nach mehr als 6 Jahren wertvoller Unterstützungsarbeit auf. Das hinterbliebene Vereinsvermögen spendete der Verein an uns. Wir danken für die großzügige Spende.

Leon Voss hat uns von September 2023 bis Februar 2024 in den Bereichen Fundraising und technische Prozessoptimierung unterstützt. Wir danken ihm ganz herzlich für seine tatkräftige Unterstützung.

Unsere Praktikantin **Yara Abedallah** hat uns bei der Durchführung von Workshops zum Empowerment geflüchteter Frauen unterstützt und die Veranstaltung "FLUCHT | RETTUNG | PERSPEKTIVE" organisiert. Vielen lieben Dank!

Ein besonderer Dank geht an **Sigrid Ebritsch** und **Thomas Heek**, die im September 2023 aus dem Vorstand ausgeschieden sind. Sigrid war 18 Jahre lang im Vorstand des Flüchtlingsrats tätig, Thomas 6 Jahre.



Wir danken **Karin Schwermer**, die uns insbesondere in der Vorweihnachtszeit mit großen Mengen selbstgebackener Kekse beschenkt.

PROJEKTE

GESCHÄFTSFÜHRENDES GREMIUM

“

Wir sorgen für den organisatorischen, finanziellen und politischen Rahmen: Finanzen müssen gesichert, Projekte gemanaged und Kollge*innen eingestellt und eingearbeitet werden
Darüber hinaus verantworten wir die Öffentlichkeitsarbeit und vertreten den Verein gemeinsam mit dem Vorstand nach außen.

”



VEREINS- UND PROJEKTVERWALTUNG

“

Wir bearbeiten all die Dinge, die nicht zu sehen sind, u.a. Finanzbuchhaltung sowie Projektanträge Jahresabschluss sowie Projektcontrolling; Personal-, Spenden- und Mitglieder- sowie Projektverwaltung; Auswertungen, Übersichten und Dokumentationen. Organisieren, Nachhaken und immer ein offenes Ohr für verschiedenste Anfragen von Kolleg:innen. Unterstützung hatten wir in diesem Jahr von Praktikant:innen und Umschüler:innen.

”





AUFNAHME & INTEGRATION



Das Netzwerkprojekt AMBA+ setzt sich ein für menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Asylsuchende in Niedersachsen und wird vom Flüchtlingsrat Niedersachsen koordiniert.

Wir machen uns stark für die Rechte von besonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen, Menschen mit Behinderung und Menschen aus der LGBTIQ Community im Asylverfahren.



LANDESWEITE EINZELFALLBERATUNG



Unsere niedersachsenweite Einzelfallberatung im Migrations- und Asylrecht steht sowohl Geflüchteten als auch Haupt- und Ehrenamtlichen mehrsprachig mit Rat und Tat zur Seite.



PROJEKTE

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

FAMILIENNACHZUG



“ Wir beraten Geflüchtete und Organisationen. Zudem vertreten wir die Belange der Geflüchteten gegenüber den Botschaften und Ausländerbehörden.

Als von PRO ASYL gefördertes Projekt unterstützen wir die Advocacy-Arbeit zum Thema Familiennachzug.

”

WIR
SCHAFEN BERUFLICHE
PERSPEKTIVEN

ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

AZG
Arbeitsmarktzugang
für Geflüchtete

“ Das landesweite Netzwerkprojekt "Arbeitsmarktzugang (AZG)", das vom Flüchtlingsrat koordiniert wird, unterstützt geflüchtete Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt, wobei ein besonderen Fokus auf Personen mit Behinderung sowie Frauen liegt.



”

WEGE INS BLEIBERECHT

“

Wir unterstützen Menschen ohne Aufenthaltstitel auf ihrem Weg zu einem sicheren Bleiberecht.

Durch regelmäßigen Austausch mit lokalen Beratungsstellen und Ausländerbehörden in den Kommunen können wir auch in schwierigen Fällen oft Lösungen finden.

”



BERATUNG IN ABSCHIEBUNGSHAFT

“

Das Ziel unserer Beratung ist es, die Abschiebungs- gefangenen umfassend über ihre Rechte zu informieren und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

”



JANUAR 2023

10. Januar

Flüchtlingsrat kritisiert Erlass des Landes zu § 25 Abs. 5 AufenthG i. V. m. Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die Landesregierung aktualisiert ihre Anwendungshinweise zu § 25 Abs. 5 AufenthG i. V. m. Art. 8 EMRK. Wir wiederholen unsere Kritik aus der Verbandsanhörung: Die Hinweise sind nicht geeignet, das Recht geduldeter Menschen auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens sicherzustellen. Sie lassen die Situation von Menschen mit Erkrankungen sowie Kindern und Jugendlichen unberücksichtigt.

3. Januar

Das **Chancen-Aufenthaltsrecht** und die übrigen – grundsätzlich begrüßenswerten - Änderungen im Bereich der Bleiberechte für Personen mit Langzeitduldung sind in Kraft. Wir informieren über unsere Homepage und die weiteren Kanäle (noch einmal) über die gesetzlichen Neuerungen.

Zudem richten wir ein Rückmeldeformular auf unserer Homepage ein, um erste Erfahrungen mit dem Chancenaufenthaltsrecht zu sammeln.



WIR
SCHAFFEN BERUFLICHE
PERSPEKTIVEN

AZG
Arbeitsmarktzugang
für Geflüchtete

17. Januar

Mit Beginn des Jahres starten wir einen weiteren Durchgang unserer **Online-Schulungsreihe "Arbeitsmarktzugänge und Bleibeperspektiven für Geflüchtete"**, die sich an haupt- und ehrenamtlich Engagierte richtet. Die Schulungsreihe soll in fünf Terminen die Basics des Asyl- und Aufenthaltsrechts einfach und verständlich darstellen. Im Fokus stehen die Optionen und Hürden der Arbeitsmarktintegration sowie die damit häufig eng verbundenen Bleibeperspektiven für Personen, mit Duldung.

30. Januar

1.022 Euro für ein 20-Quadratmeter-Zimmer? Mietwucher in Apensen.

Derzeit sorgt ein Fall aus Apensen für Aufsehen. Die Samtgemeinde-Verwaltung stellt zwei ukrainischen Frauen für einen 20 Quadratmeter großen Raum, den sie gemeinsam nutzen, jeweils 511,00 Euro in Rechnung. Zusammen sind das für das Zimmer 1.022,00 Euro.

Verschiedene Medien berichten darüber.



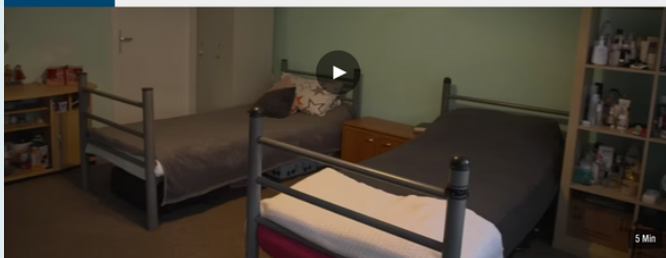
MiG AZIN

KREISZEITUNG
Wochenblatt

RUND BÜCK
POLITIKJOURNAL
FÜR NIEDERSACHSEN

taz

PANORAMA 3 Rückschau Wir über uns Kontakt



Abzocke? Was Geflüchtete für ein Bett zahlen sollen

26. Januar:

Veröffentlichung eines offenen Briefes eines Geflüchteten:

Gesetze drängen Geflüchtete in prekäre Beschäftigung

Wir verstärken die Stimme eines Asylsuchenden aus Ruanda: Der Geflüchtete schildert in einem offenen Brief eindrücklich, weshalb er aufgrund des „Arbeitnehmerschutzes“ nicht als IT-Spezialist arbeiten durfte und sich gezwungen sah, eine Beschäftigung zum Mindestlohn als Auslieferfahrer für Pakete anzunehmen. „*Ich frage mich, wo war da der Schutz?*“

7. Februar

Der Flüchtlingsrat kritisiert die [Verlogenheit der asylpolitischen Diskussion](#) und fordert echte Perspektiven.

Süddeutsche Zeitung

"Wir brauchen keine Diskussion um Abschiebungen, sondern eine Diskussion um Maßnahmen, die geeignet sind, Geflüchteten unabhängig von ihrem Status den Weg in Arbeit und ein gesichertes Aufenthaltsrecht zu bahnen", sagte Kai Weber, der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats, vergangene Woche.

NDR Info

Sendungen

Radio live

Podcasts

Enttäuschte Reaktionen aus Niedersachsen

Frank Klingebiel, Präsident des Niedersächsischen Städtetags, kritisierte nach dem Treffen vor allem die Aussage des Bundes, dass den Ländern und Kommunen keine weiteren Finanzmittel zur Unterstützung der Herkulesaufgabe zur Verfügung gestellt werden soll. Dies stoße bei den Kommunen auf große Verärgerung, sagte Klingebiel. Kritik gab es auch vom Flüchtlingsrat aus Niedersachsen, weil der Gipfel keine konkreten Erleichterungen für Geflüchtete, die nicht aus der Ukraine stammen, bei der Unterbringung und der Arbeitssuche auf den Weg gebracht habe.

15. Februar

Zusammen mit PRO ASYL und den Flüchtlingsräten erklären wir zum Flüchtlingsgipfel:

[Kein „Weiter so“ in der Unterbringungspolitik.](#)

16. Februar

Auf unserer [Veranstaltung „Frau, Leben, Freiheit – Iran Revolution: Journalismus und Aktivismus als politische Instrumente“](#) informieren die Referentinnen über die Situation im Iran. Zusammen mit dem Publikum behandeln sie bspw. die Frage, wie Menschen im Iran unterstützt werden können oder wie die deutsche bzw. europäische Politik zu Lösungen vor Ort beitragen kann.



**Frau
Leben
Freiheit**

Iran-Revolution:
Journalismus und Aktivismus als politische Instrumente

Do.
16.02.
2023

Moderiertes Gespräch
18 - 21 Uhr
Kulturzentrum Pavillon
Lister Meile 4, Hannover

Veranstelt von:
Flüchtlingsrat
afjar kargah
STEFFENS LERNA & SCHMIDT
in Kooperation mit:

16. Februar

Nach dem [Erdbeben in der Türkei und in Syrien](#) werden die Einreisebestimmungen für türkische Staatsangehörige, die vom Erdbeben betroffen sind, - für einen kurzen Zeitraum zumindest ein wenig - gelockert. Auf unserer Website informieren wir umgehend über die Änderungen. Darüber hinaus beraten wir vom Erdbeben betroffene Personen bzw. ihre Angehörigen per Telefon und Mail.

- Pressemeldung: Da die gelockerten Einreisebestimmungen nicht für Syrer:innen gelten, [beklagen wir die Ungleichbehandlung der Erdbebenüberlebenden aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit und fordern die Landesregierung auf, ein Aufnahmeprogramm aufzulegen.](#)



- [Veröffentlichung von Informationen für vom Erdbeben betroffene Personen](#)
- Abschiebungsstopp für Menschen aus Erdbebengebieten
- [Interview Karim Alwasiti H1](#)

21. Februar

Eine Geflüchtete aus Nigeria soll abgeschoben werden – dabei hat sie den entsprechenden [Bescheid nie erhalten](#). Kein Einzelfall, wie wir zeigen: Häufig werden Asylverfahren eingestellt und Bescheide des BAMF rechtskräftig, weil sie ihre Adressat:innen nicht erreichen. „Bescheid unzustellbar: Abschiebung aus dem Nichts“ titelt daraufhin die taz; „Schlamperei im BAMF“ das nd.

nd JOURNALISMUS
VON LINKS

taz

22. Februar

Angesichts des [zweiten Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine](#) ruft der Ukrainische Verein in Niedersachsen zu einer Demo und einer Mahnwache auf. Wir unterstützen den Aufruf.



28. Februar

Letzter Arbeitstag von **Heidi Missbach**

MÄRZ 2023

2. März

Wir veröffentlichen die überarbeitete **Broschüre** „**Wege Chancen Aufenthalt – Drei Jahre Modellprojekt WIB – Wege ins Bleiberecht**“.



9. März

Offenes Mitgliedertreffen: Wir tauschen uns zum Thema Chancen-Aufenthaltsrecht und weiteren Änderungen aus.

4. März

Erneute Demonstration in Hannover **gegen das Todesurteil von Jamshid Sharmahd** im Iran.

3. März

Die **Angriffe auf Sammelunterkünfte für Geflüchtete in Niedersachsen** sind von vier im Jahr 2021 auf 15 im Jahr 2022 angestiegen und haben sich damit innerhalb eines Jahres mehr als verdreifacht. Der NDR bittet uns um eine Kommentierung dieser – abscheulichen – Entwicklung.



"Deutlicher Anstieg": Mehr Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte

Flüchtlingsrat fordert Schutzkonzepte für Geflüchteten-Unterkünfte

Muzaffer Öztürkyilmaz vom Flüchtlingsrat in Niedersachsen sieht den Anstieg der Zahlen vor allem in der öffentlichen Debatte begründet. Immer häufiger würden die Ängste der Menschen ausgespielt. Begriffe wie "Sozialtourismus", die von CDU-Chef Friedrich Merz gewählt werden, und das ständige "Beschwören der Überbelegung der Unterkünfte" führten dazu, dass die Ängste wachsen. Er fordert: "Das Land muss einheitliche Schutzkonzepte für die Unterkünfte entwickeln." Außerdem spricht er sich dafür aus, dass Geflüchtete nicht länger in Sammelunterkünften sondern in Wohnungen untergebracht werden. "Mindestens müssen die Unterkünfte aber dort sein, wo auch andere Menschen sind. Und das ist nicht am Waldrand und in Industriegebieten", sagt Öztürkyilmaz.



15. März

Veranstaltung FLUCHT. RETTUNG. PERSPEKTIVEN.

Bei der Lesung und Diskussion beleuchten wir das größte Massengrab der Welt. Imad Ali Suliman liest aus seinem Roman „Das Jasmin Inferno“, in dem er seine Flucht über das Mittelmeer beschreibt. Aram Ali (RESQSHIP) berichtet von seinen Erfahrungen auf einer Rettungsmission. Unsere Kollegin Annika Hesselmann spricht zu den politischen Perspektiven der Seenotrettung.

30. März

Die CDU lädt zu einem **„Flüchtlingsgipfel“** ein, auf dem sie vor rund 700 Bürgermeister:innen und Landrät:innen gegen eine weitere Aufnahme von Schutzsuchenden protestiert und auf mehr **Abschottung gegen Geflüchtete** drängt. Zusammen mit Pro Asyl und anderen Flüchtlingsräten erheben wir unsere Stimme und benennen die Debattenführung (auch) der CDU als rassistisch.

31. März

Im Januar verurteilt der Bundestag die Verbrechen des IS gegen die Êzîd:innen als Genozid und stellt fest, dass ihre sichere Rückkehr nicht möglich ist. **Dennoch widerruft das BAMF den Schutzstatus von 1.500 Êzîd:innen** und versetzt die Community in Panik. Wir kritisieren dies scharf und verlangen eine Korrektur dieser Entscheidungen. **Die Presse schreibt über einen von uns begleiteten Einzelfall.**

APRIL 2023

1. April
Arbeits-
beginn von
**Mouna
Soussi**

6. April

Auf unserer Veranstaltungen „[Abschiebungen nach Nigeria – Deutschlands brutaler Umgang mit Migrant:innen](#)“ macht Referent Rex Osa deutlich, dass die Bundesrepublik abgeschobene Menschen ihrem Schicksal überlässt & erläutert, wie er mit seinem Projekt „Deportee Emergency Reception und Support“ nach Nigeria abgeschobene Menschen unterstützt.

4. April

Das [BAMF ändert seine Herkunftslandleitsätze für Afghanistan](#) – wir bemängeln die Änderungen als nicht weitgehend genug, denn sie bleiben weit hinter den Empfehlungen der Europäischen Asylagentur zurück. Diese hatte empfohlen, Frauen und Mädchen ausnahmslos als Flüchtlinge anzuerkennen, weil diese in Afghanistan allein aufgrund ihres Geschlechts verfolgt werden.

5. April

Unterstützt von NoLager beklagen Bewohner:innen die Zustände in der Unterkunft der Landesaufnahmebehörde in Osnabrück. [Wir unterstützen die Verbreitung des offenen Briefes.](#)



Syed S. aus Pakistan prangert Zustände in Osnabrücker Flüchtlingshaus an

20. April

Wegen des eskalierenden Bürgerkriegs im Sudan [fordern wir einen generellen Abschiebungsstopp](#) und einen Schutzstatus für sudanesishe Oppositionelle. Anschließend verkündet das niedersächsische Innenministerium, sich auf Bundesebene für den Abschiebestopp einzusetzen.

Innenministerium für Abschiebestopp in den Sudan

Stand: 21.04.2023 13:53 Uhr

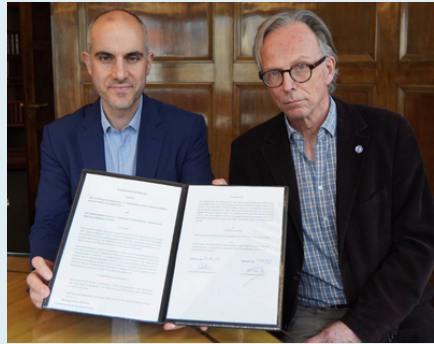


Das niedersächsische Innenministerium setzt sich für einen Abschiebestopp in den Sudan ein. Zuvor hatte bereits der Flüchtlingsrat das Land aufgefordert, Abschiebungen auszusetzen.



24. April

Wir vertiefen unsere **Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover im Rahmen unseres Projekts „WiB-Wege in Bleiberecht“**. Dabei intensivieren wir die Zusammenarbeit, um (noch mehr) langzeitgeduldeten geflüchteten Menschen in der Landeshauptstadt Hannover zu einem Aufenthaltsrecht zu verhelfen.



Oberbürgermeister Belit Onay und unser Geschäftsführer Kai Weber



24. April

Wir beginnen unsere **herkunftssprachliche Workshopreihe "Mein Weg in Deutschland"** für geflüchtete Frauen in Sammelunterkünften, die durch unsere Kolleginnen Maryam Mohammadi und Zahra Lessan durchgeführt werden. Hierbei liegt der Fokus auf Empowerment und darauf, sie über Ihre Rechte in Deutschland zu informieren.

28. April

Die Unionsparteien führen zur Untermauerung ihrer rassistischen Forderungen nach Abschottung gegenüber geflüchteten Menschen unter anderem die Erschöpfung der Möglichkeiten von Hilfsorganisationen, Kirchen, Tafeln, Helferkreisen und Ehrenamtlichen an. Wir sammeln Stimmen aus der Zivilgesellschaft und widersprechen laut:

Wir lassen uns nicht als Kronzeugen für eine verfehlte Asylpolitik missbrauchen.

MAI 2023

1. Mai

Wir starten unsere **herkunftssprachliche Workshopreihe** für geflüchtete Frauen in Sammelunterkünften zum Thema **„Frauenrechte und Gewaltschutz.“**



An unserem Stand zum **1. Mai** in Hannover wiederholen wir unsere Forderung: **Gleiche soziale Rechte für alle** - unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.



5. Mai

Die EU will das "Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)" verschärfen: Alle Geflüchteten sollen ihr Asylverfahren an den Außengrenzen in haftähnlichen Zentren durchlaufen. Damit die Bundesregierung der Reform ihre Zustimmung verweigert, startet Pro Asyl eine Unterschriftenaktion an die Vorsitzenden der Ampel-Parteien. Wir beteiligen uns an der Aktion und bewerben diese.

2. Mai

Erster Arbeitstag von **Caroline Mohrs** und **Katharina Bracke**

8. Mai

Bundeskanzler Scholz (SPD) und die Regierungschef:innen der Länder einigen sich auf dem zweiten **„Flüchtlingsgipfel“** auf Maßnahmen, die den Behörden Abschiebungen erleichtern sollen. Zugleich fordern sie verpflichtende Asylverfahren an den Außengrenzen und weitere Verschärfungen des EU-Grenzregimes – wie bspw. die Legalisierung von Pushbacks. Wir widersprechen laut.



16. Mai

Das diskriminierende **Asylbewerberleistungsgesetz** wird **30 Jahre alt.**

Auf unserer Podiumsdiskussion im Kontext der Kampagne zur Abschaffung des Gesetzes debattieren unsere Vorsitzende Claire Deery, mdB Filiz Polat (Grüne), Andrea Kothen (Pro Asyl) und Susanne Köhring (AK-Asyl GÖ), wie die sozialrechtliche Gleichstellung von Geflüchteten erreicht werden kann.



#VergissMeinNicht

17. Mai

Gemeinsam mit terre des hommes und Pro Asyl initiieren wir die **Aktion #Vergissmeinnicht**: In ganz Deutschland übergeben Menschen- und Kinderrechtsorganisationen Abgeordneten der Bundesregierung eine Vergissmeinnicht-Blume und erinnern sie an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel: Den Familiennachzug (umgehend) zu verbessern.



1. Juni

Obwohl bereits mehrere Städte und Gemeinden eine **Patenschaft für Seenotrettungsschiffe** übernommen haben, meinen die Abgeordneten des Stadtrats Hannover, dass die Übernahme einer solchen Patenschaft begrüßenswert, aber kommunalrechtlich nicht zulässig sei und lehnen diese ab. Zusammen mit 20 anderen Organisationen sagen wir: Jetzt erst Recht. Die Medien berichten.



1. Juni

Bei unserem **zweiten offenen Mitgliedertreffen** diskutieren wir mit Pastor Daub (Stephansstift), Sieglind Jochims (BAG Asyl in der Kirche) und Dr. Jens Lehmann (Landeskirche Hannover) über Fragen des Kirchenasyls. Am Ende des Treffens beschließen die Teilnehmenden, dass Netzwerk „Asyl in der Kirche in Niedersachsen“ neu ins Leben zu rufen.



EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS



2. Juni

Unsere Kolleg:innen Zahra Lessan und Caroline Mohrs geben einen **Workshop zu "Rassismus in der Asylpolitik"** beim Tag gegen Rassismus unseres Mitglieds, der Initiative für internationalen Kulturaustausch e.V. (IIK) im Pavillon in Hannover.



6. Juni

Die Bundesregierung ist dabei, den Verschärfungen des **Gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS)** und damit dem faktischen Abriss des europäischen Asylrechts zuzustimmen: Wir bringen unseren Aufruf zur **Demo „Krieg gegen Geflüchtete beenden – Abschaffung des Asylrechts stoppen“** ins Rollen. Dem Aufruf schließen sich mehr als 60 Organisationen und Initiativen sowie (Jugendorganisationen von) Parteien an.



9. Juni

Allen Protesten zum Trotz: Bundesinnenministerin Faeser (SPD) ebnet mit **Zustimmung der Ampel den „Einstieg in den Ausstieg“ der EU aus der Genfer Flüchtlingskonvention.** Die Reformen des GEAS werden zur hunderttausendfachen Inhaftierung von Geflüchteten an den Außengrenzen, unfairen Schnellverfahren in unsicheren Drittstaaten und humanitären Katastrophen wie in Moria führen. In einem **Video beziehen wir Stellung.**

Süddeutsche Zeitung

Der Flüchtlingsrat **Niedersachsen** sprach von einem "Ausverkauf von Menschenrechten" und warnte vor einem "Einstieg in den Ausstieg" aus der Genfer Flüchtlingskonvention. Das Kinderhilfswerk terre des hommes aus Osnabrück beklagte einen "monumentalen Dammbreach für den Schutz geflüchteter Kinder und Jugendlicher in der EU", wie die Migrationsexpertin der Organisation, Sophia Eckert,



JUNI 2023

20. Juni

Zum **Internationalen Flüchtlingstag** müssen wir feststellen: Das Problem ist nicht die Anzahl der Schutzsuchenden – **das Problem heißt Rassismus.** Während die Politik Ukrainer:innen berechtigterweise weiterhin willkommen heißt und für viele Branchen aktiv Arbeitskräfte aus aller Welt anwirbt, setzt sie gegenüber asylsuchenden Menschen, die nach Europa flüchten, auf Abschottung, Lagerzwang, Diskriminierung und Abschiebungen. Wir fordern die Politik:erinnen auf, den Kampf gegen geflüchtete Menschen zu beenden!



22. Juni

Wir veröffentlichen unsere **„Empfehlungen für eine noch zügigere und umfassendere Identifizierung besonderer Schutzbedarfe geflüchteter Personen in der Aufnahme“.**

Dabei beziehen wir auch Erkenntnisse der BAfF (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer) mit ein.



JULI 2023

3. Juli

Der Verein Landungsbrücken-Uetze löst sich nach mehr als 6 Jahre in der Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen auf - und spendet uns sein verbliebenes Vermögen in Höhe von 12.000,00 €!

Nochmals: Herzlichen Dank!



Hannoversche Allgemeine

Nach Vereinsauflösung

➕ Landungsbrücke Uetze zeigt sich ein letztes Mal generös – und spendet 12.000 Euro für den Flüchtlingsrat



4. Juli

Wir schalten uns in die öffentliche Diskussion ein und fordern mehr Mut beim Spurwechsel – das Online-Fachmagazin „Migazin“ greift unsere Pressemitteilung auf.

MIGAZIN

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat Nachbesserungen beim geplanten sogenannten „Spurwechsel“ für Asylsuchende gefordert, die eine Arbeit gefunden haben. Dem neuen Gesetz zufolge können Asylbewerber mit einem anerkannten Berufsabschluss und einer Arbeitsstelle das Asylverfahren abbrechen und in Deutschland einen Aufenthaltstitel als Fachkraft beantragen. Dieser Übergang sei für Geflüchtete aber mit so vielen Auflagen und Bedingungen verbunden, dass nur wenige Geflüchtete von den neuen Regelungen profitieren könnten, teilte der Flüchtlingsrat am Dienstag in Hannover mit.

JULI 2023

26. Juli

Wieder einmal hat ein **Bescheid des BAMF einen Asylsuchenden nicht erreicht**, sodass er keine Rechtsmittel dagegen einlegen konnte. Nun soll er nach Griechenland abgeschoben werden - obwohl ein Grundsatzurteil des Oberverwaltungsgericht Niedersachsen dies verbietet. Wir machen den Vorgang öffentlich und kämpfen mit dem Betroffenen weiter für ein Bleiberecht.

taz

Adressenänderung nicht mitgeteilt

Bürokratie führt in die Abschiebung

Einem Palästinenser droht die Abschiebung nach Griechenland. Klagen konnte er nicht mehr, weil der Bescheid an den alten Wohnort geschickt wurde.

23. Juli

Alarme Phone Sahara informiert Menschen auf der Flucht über die Risiken beim Durchqueren der Wüste in Niger, Mali, Burkina Faso sowie Marokko und steht ihnen in Notsituationen zur Seite. Aktivist Moctar Nalossou erklärt, wie der Druck aus Europa afrikanische Staaten zu immer aggressiverer Abschottung der Grenzen und die Flüchtenden auf immer gefährlichere Routen zwingt.



Alarme Phone Sahara – Infotour

Solidarität gegen das EU Grenzregime in der Sahara

Mit Moctar Nalossou aus Agadez, Niger



23. JUN | Osnabrück

26. JUN | Lüneburg

27. JUN | Köln

04. JUL | Bremen

05. JUL | Hannover



24. Juli

Der CDU-Vorsitzende Merz spricht sich im ZDF-Sommerinterview für eine Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl aus, weil dieses zu Hauf „missbraucht“ werde, weshalb es auch mehr Grenzkontrollen brauche. Wir unterziehen die Aussagen von Merz einem Faktencheck und kommen zu dem Ergebnis: **Friedrich Merz missbraucht das Leid der Verletzlichen!**

31. Juli

Letzter Arbeitstag
von
Laura Müller

AUGUST 2023



5. August

Bei unserem **Open-Space Workshop für junge Menschen mit Fluchterfahrung** schaffen wir zusammen mit den beiden Trainern Modou Diedhiou und Seedy Sailykhan einen Ort für Begegnung, Kreativität, Spaß und Informationen.



8. August

Auch wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis oder einen Schutz hier in Deutschland kriegen, werden Menschen ohne Staatsangehörigkeit vielerlei Einschränkungen im Leben haben", erklärt unser Kollege Karim Alwasiti in einem Gespräch mit dem Magazin „Buten un Binnen“ zur besonders vulnerablen Situation von staatenlosen Menschen in Deutschland.



10. August

Die **Machtübernahme der Taliban in Afghanistan jährt sich zum zweiten Mal**. Die humanitäre Situation im Land verschlechtert sich stetig. Um zumindest einigen wenigen Afghan:innen eine Perspektive zu bieten, fordern wir die Landesregierung auf, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und für Angehörige in Niedersachsen lebender afghanischer Geflüchteter ein **Aufnahmeprogramm** aufzulegen.

AUGUST 2023



14. August

Der **Gakondo e.V.**, ein Verein der Mitglieder der Banyamulenge Gemeinschaft in Deutschland, veranstaltet seine jährliche **Gedenkveranstaltung in Erinnerung an das „Gatumba Massaker“** am 14. August 2004 in Burundi. Wir beteiligen uns mit einem Redebeitrag und verbreiten den Veranstaltungsbericht um dazu beizutragen, auf das Schicksal der in Burundi, Rwanda, der demokratischen Republik Kongo und vielen andern ostafrikanischen Staaten verfolgten Gemeinschaft aufmerksam zu machen.



23. August

In Kooperation mit der NGO „I have rights“ und Amnesty International Hannover **zeigen wir den Dokumentarfilm „Picknick in Moria“**. Der Film beleuchtet Menschenrechtsverletzungen im mittlerweile abgebrannten Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos. „I have rights“ ist auf der Insel Samos aktiv, wo ähnliche Bedingungen wie in Moria vorliegen. Die NGO beantwortet die Fragen der Zuschauer:innen und bereichert den Abend mit einem Infostand.

AMNESTY
INTERNATIONAL



I HAVE
RIGHTS.

30. August

Zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Abschiebungen und Abschiebehaft demonstrieren wir im Bündnis unter der Überschrift „**Stoppt die brutale Migrations- und Abschiebepolitik – in Hannover-Langenhagen und überall!**“ unter anderem vor dem zentralen niedersächsischen Abschiebungshaftgefängnis am Flughafen Langenhagen.

taz



28. August

Beim Sommerfest des IIK e.V. auf dem Faustgelände sind wir mit unserem jährlichen Stand vertreten und können zahlreiche Interessierte über unsere Arbeit informieren sowie Dosenwerfen unter dem Motto “Fight fortress Europe” anbieten.

26. August

Zusammen mit der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen-Bremen veranstalten wir unser Online-Seminar „**Sicheres Ankommen und Gesundheit rund um die Geburt für Geflüchtete?**“, bei dem die Referentinnen aus unterschiedlichen Disziplinen die Thematik behandeln.

SEPTEMBER 2023



2. September

Unsere **Mitglieder wählen einen neuen Vorstand**: Sie bestätigen Claire Deery in ihrem Amt als Vorstandsvorsitzende. Gemeinsam mit Kassenwart Dündar Kelloglu, der ebenfalls wiedergewählt wird, stellt sie auch künftig den geschäftsführenden Vorstand. Als Beisitzer wird neben dem langjährigen Vorstandsmitglied Anke Eglblomassé, Norbert Grehl-Schmitt gewählt. Sigrid Ebritsch und Thomas Heek scheiden aus dem Vorstand aus. Wir bedanken uns herzlich für ihre Arbeit.



12. September

Wir lassen nicht locker: Um dem täglichen Sterben von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer zumindest etwas entgegenzusetzen, fordern wir die Landeshauptstadt Hannover mit einer Mahnwache vor dem Neuen Rathaus (erneut) dazu auf, dem Beispiel anderer Städte zu folgen und eine **Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff zu übernehmen.**



SEPTEMBER 2023

21. & 22. September

Auf unserer jährlichen **Tagung unseres Projekts „Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete“** in der **Akademie Waldschlösschen** behandeln wir mit Expert:innen aus 10 Bundesländern das Chancenaufenthaltsrecht, Schulungsangebote für geflüchtete Frauen, die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine sowie die Externalisierung des EU-Grenzregimes.



16. September

Auf unserem landesweiten Initiativentreffen vernetzen wir uns miteinander, um gemeinsam sichtbare Zeichen der Solidarität für die Rechte geflüchteter Menschen zu setzen.

18. September

In der Debatte um Asyl vergeht kein Tag, an dem nicht neue, menschenfeindliche Vorschläge zur Lösung eines „Problems“ aufgetischt werden, das keines wäre, wenn die Bereitschaft bestünde, die Herausforderungen lösungsorientiert anzugehen. In unseren „Kritischen Anmerkungen zur Asyldiskussion“ beschreiben wir, wie solche Lösungen aussehen könnten.

30. September

Unser Projekt "Kenne Deine Rechte" endet. Wir präsentieren unsere neue Online-Infoplattform für junge Geflüchtete www.kennedeinerechte.org.

Dort finden sich neben unserer altersgerechten Broschüre zum Asylverfahren, Videoclips zu Bleiberechten und viele weitere Informationen.

15. September

Arbeitsbeginn **Simon Wittekindt**

30. September

Letzter Arbeitstag von **Gerlinde Becker**

OKTOBER 2023

2. Oktober

Wir beginnen unsere **dezentrale, landesweite Asylverfahrensberatung**. Unsere Beratung steht grundsätzlich allen Asylsuchenden in Niedersachsen offen. Für **queere und andere vulnerable Personengruppen** bieten wir zusätzlich ein spezielles Beratungsangebot an.



13. Oktober

Die zweite Auflage der Broschüre **“Das Asylverfahren. Deine Rechte, deine Perspektiven - erklärt für unbegleitete Minderjährige”** erscheint.



6. Oktober

Der niedersächsische Städtetag fordert, die Leistungen für Asylsuchende noch weiter einzuschränken und ein „Bezahlkartensystem“ anstelle von Bargeld einzuführen. Dies soll – vermeintliche - Pull-Faktor verringern und – angebliche - Geldsendungen in die Herkunftsländer verhindern. Wir halten gegen: **Gleiche soziale Rechte für alle statt Bezahlkarte für Geflüchtete** und fordern:

Hannoversche Allgemeine
Süddeutsche Zeitung 

8. Oktober

Ministerpräsident Weil (SPD) schlägt auf der MPK eine Arbeitspflicht und Leistungskürzungen für Asylsuchende vor. Wir kritisieren diesen Vorstoß und weisen auf das eigentliche Problem hin: **Asylsuchende werden seit 30 Jahren von der Arbeitsmarktintegration abgekoppelt**. Die Lösung: Ihre schnellstmögliche Einbeziehung in das System der Arbeitsvermittlung.



21. Oktober

Wir beziehen als Sachverständige im Landtag Stellung zum

CDU-Antrag „[...] Qualifizierungsoffensive für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Aufenthaltsrecht“. Dabei arbeiten wir heraus, wie das Potential aller geflüchteten Menschen - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Herkunft - bestmöglich zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftemangels genutzt werden kann.



28. Oktober

Gemeinsam mit der Seebrücke Hannover, dem Autor Imad Al Suliman und RESQSHIP organisieren wir eine **Veranstaltung in der Korn zu Seenotrettung und Fluchtwegen** im Rahmen der kritischen Ersti-Woche der Universität Hannover.

26. Oktober

Flüchtlingsrat kritisiert Gesetzentwurf scharf!

Die Bundesregierung setzt die Beschlüsse der Flüchtlingsgipfel und ihre „Rückführungsoffensive“ um. Der Entwurf des Rückführungsverbesserungsgesetzes sieht verfassungswidrige Eingriffe in die Rechte von geflüchteten Menschen vor, um die Anzahl der Abschiebungen zu erhöhen. Vieles ist unklar, vieles ist umstritten. Eindeutig ist hingegen, dass dieses Gesetz das Leid auf Seiten der betroffenen Menschen vergrößern würde. Wir werden nicht müde, dies zu betonen und uns dagegen einzusetzen.

NDR® **Hannoversche Allgemeine**

NOVEMBER 2023

1. November

Erster
Arbeitstag
von
**Yezim
Dönder**

14. November

Wir veröffentlichen unser **Factsheet „Rechte und Ansprüche von schwangeren geflüchteten Frauen in Niedersachsen“**, das wir in Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen-Bremen erstellt haben.



AMBA+
Teilhabe | Schutz | Unterstützung
Aufnahmemanagement & Beratung für
Asylsuchende in Niedersachsen

13. November

Mit der **Stadt Göttingen** setzen wir unsere Anstrengungen, Menschen mit Duldung zu einer Aufenthaltserlaubnis zu verhelfen, mit weiterentwickeltem Konzept fort. Christian Schmetz, Erster Stadtrat, unterzeichnet den Kooperationsvertrag für unser Projekt „Wege ins Bleiberecht“.



WIB.
Wege ins Bleiberecht.

10. November

Wir gewinnen mit dem **Landkreis Göttingen** die erste ländlich geprägte Kommune für eine **Kooperation** in unserem Projekt „Wege ins Bleiberecht.“

WIB.
Wege ins Bleiberecht.

7. November

Bund und Länder beschließen auf der Ministerpräsidentenkonferenz, **Bargeldzahlungen an Asylsuchende durch Sachleistungen bzw. eine Bezahlkarte zu ersetzen**. Ferner sollen geflüchtete Menschen bald 36, statt wie bisher 18 Monate, gekürzte Leistungen und damit nur eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten. Diesen **Wettlauf der Schädigkeiten lassen wir nicht unkommentiert** – und tragen zur öffentlichen Meinungsbildung bei.

NDR® Göttinger Tageblatt

15. November

Die durch den Krieg und Verteilung geschundene Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen braucht dringend Hilfe. Hilfslieferungen allein reichen vor dem Hintergrund des Elends vor Ort nicht. Darum fordern wir die Bundes- und Landesregierungen zusammen mit dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein auf, Verantwortung zu übernehmen und ein **Evakuierungsprogramm für Palästinenser:innen mit Bezug zu Deutschland und verletzte sowie vulnerable Zivilist:innen aus dem Gaza-Streifen** aufzulegen.



16. November

Auf unserer **Veranstaltung „An den Grenzen des Unrechts“** erläutern Wiebke Judith (Pro Asyl) und Dr. Marcus Engler (Migrationsforscher) die Folgen der GEAS-Reform. Asylverfahren werden in Drittstaaten ausgelagert, Grenzverfahren finden unter Haftbedingungen an den EU-Außengrenzen statt und eine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden in den EU-Mitgliedsstaaten ist weiterhin nicht garantiert.

20. November

Êzidische Vereine und Organisationen verfassen einen offenen Brief an Innenministerin Faeser (SPD) und fordern: **Stopp der Abschiebungen von Êzidinnen und Êziden in den Irak** – denn dort ist ihr Leben weiterhin in Gefahr. Wir unterstützen den Brief als eine:r der Erstunterzeichner:innen und verbreiten ihn über unsere Kanäle.

DEZEMBER 2023



2. Dezember

Zusammen mit anderen Organisationen und Initiativen aus Hannover setzen wir mit unserer Demo

„Rechtsruck stoppen. Laut gegen Asylrechtsverschärfungen!“

ein Zeichen gegen das Erstarken des Rassismus, der uns – bedauerlicherweise – auch in diesem Jahr begleitet hat.

4. Dezember

Bei einer von uns gemeinsam mit Pro Asyl organisierten Pressekonferenz fordern unser Geschäftsführer, Kai Weber, die êzidische Aktivistin und IS-Überlebende, Sozan Darman Ali Al Shaekh (Ezidixan International Aid e.V.) und Holger Geisler (ehemals ZYD), (erneut) einen **sofortigen Abschiebungsstopp für Êzid:innen**. Wir setzen das Thema. Verschiedene Medien berichten.

ZEIT ONLINE

Flüchtlingsrat fordert Abschiebestopp für Jesiden



9. Dezember

Wir rufen zur Teilnahme an der Aktionswoche **„Schutz und Asyl für alle Deserteure und Kriegsdienstverweiger:innen aus Russland, Belarus und der Ukraine“** auf, bei der über 40 Friedensgruppen Veranstaltungen und Aktivitäten durchführen: Wir fordern Aufnahme und Schutz für alle, die sich dem Krieg in der Ukraine entziehen.



12. Dezember

Mit einer interaktiven Installation vor dem Brandenburger Tor in Berlin fordern terre des hommes und PRO ASYL die Regierungsparteien dazu auf, ihr uneingelöstes Versprechen im Koalitionsvertrag endlich wahr zu machen und den **Familiennachzug für Geflüchtete zu erleichtern**. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat die Aktion unterstützt.



14. Dezember

Wir veröffentlichen das **Toolkit zur Arbeit mit Kindern & Jugendlichen**.



15. Dezember

Wir verbringen einen schönen Abend mit den Mitarbeitenden aus der Geschäftsstelle bei unserer internen Weihnachtsfeier.

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

2023 wurden durch unser Team...

... mehr als **3.386 geflüchtete Menschen** und mehr als **1.631 haupt- und ehrenamtliche Unterstützer:innen** beraten.



... insgesamt mehr als **6.152 Beratungsgespräche** geführt.

... **24 Weiterbildungen für geflüchtete Menschen** sowie **20 Weiterbildungen für haupt- und ehrenamtliche Unterstützer:innen** durchgeführt.



... **26 Rechtshilfeanträge** gestellt, sodass diese Verfahren finanziell durch den Rechtshilfefonds von Pro Asyl unterstützt werden konnten.

2023 haben wir...

... über **2.300** Abonnent:innen unseres E-Mail Verteilers "**Fluchtliste**" erreicht.

... **181.331** Zugriffe auf unsere **homepage** verzeichnet.

... auf **social media** (Instagram, facebook, x/twitter) unsere Reichweite vergrößert:



- **3.296** followers
- über **38.000** accounts erreicht



- **6.024** followers
- über **40.000** accounts erreicht



2.187 followers

UNSERE FÖRDERER 2023

Unsere Projekte wurden gefördert von:



Diakonie 
in Niedersachsen



Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



Darstellung in alphabetischer Reihenfolge und nicht abschließend.

Ich möchte mit Wirkung vom Mitglied beim Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. werden

Einzelpersonen und kleine Vereine¹: mind. 84,- €/Jahr

Vereine und Organisationen²: mind. 120,- €/Jahr

Erwerbslose, Studierende, Schüler_innen, Azubis etc.: mind. 42,- €/Jahr

Die Satzung habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Ich möchte kein Mitglied werden, aber den Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. regelmäßig mit €/Jahr mit Wirkung vom unterstützen und die Publikationen des Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. erhalten.

Ich möchte keine Publikationen zugesandt bekommen.

Pflichtangaben

Organisation:

Vorname, Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Geburtsdatum:

Bitte ziehen Sie den Betrag in Höhe von €/Jahr

jährlich halbjährlich vierteljährlich

von meinem Konto ein:

Bank:

IBAN:

BIC:

Kontoinhaber_in, wenn abweichend:

Rechnungsstellung auf Anfrage möglich. Bei Vereinsaustritt erlischt das Lastschriftmandat.

Gläubiger-ID DE70ZZZ00000774030

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum, Unterschrift:

Ich habe die Hinweise zum Datenschutz auf der Homepage des Flüchtlingsrats (www.nds-fluerat.org/ueber-uns/mitglied-werden/datenschutz) gelesen und stimme den Regelungen zu.

¹ Ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

² Mit mind. einer sozialversicherungspflichtig beschäftigten Person.



Danke schön